

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementpreise: Vierteljährlich bei den Bestellen 1,50 Mk., bei den Nachbestellungen 1,75 Mk., bei den Nachbestellungen 1,90 Mk. Die einzelnen Nummern werden mit 15 Pf. berechnet. Die Expedition ist an den Bestellungen von 100 bis 500 Exemplare, an den Bestellungen von 5 bis 100 Exemplare. — Einzelne Nummern der Expedition 10 Pf. — 7 1/2 Pf.

Verkaufspreis: Für die kleinsten Gruppen von 10 bis 20 Exemplare, für Einzelne in Merseburg nach Abzug von 10 Pf. Für periodische und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Complémenter Satz wird entsprechend höher berechnet. Rechnen und Rechnungen außerhalb des Interessensbereichs 30 Pf. — Schriftliche Anzeigen-Bureau nehmen Bestellungen entgegen. Beilagen nach Vereinbarung.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)
Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokalnachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 15.

Freitag den 18. Januar 1907.

147. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Sämtliche Polizeiverwaltungen, Gemeinde- und Ortsvorsteher des Kreises ersuche ich, mir spätestens bis zum **5. Februar d. J.** eine Nachweisung über die Zahl und die sonstigen Verhältnisse der in ihren Bezirken untergebrachten unehelichen Ziehkinder unter 6 Jahren unter Benutzung des nachstehenden Schemas einzureichen. Eventuell ist Festsetzung zu erfahren.

Nachweisung

der Zahl und Verhältnisse der unehelichen Ziehkinder unter 6 Jahren am Schlusse des Jahres 1906.

Gemeinde oder Ortsbezirk.	Jahr der Registrierung im Jahre 1906	Davon sind untergebracht bei Kingsberg.	bei Frommen Pflegen.	überhaupt.	Zunahme des Bezugsjahres im Vergleich mit dem Vorjahre.	Bemerkungen.
Merseburg, den 15. Januar 1907.						

Der Königliche Landrat.

gez. Graf v. Hausoville.

Bekanntmachung.

Am Stelle des Ortsrichters Wiltz in Hohenlohe ist der Lehrer Rüssel dafelbst zum Wahlvorsteher-Stellvertreter für den Wahlbezirk 43 ernannt worden, an Stelle des Ortsrichters Vogel in Kleinböden für den Bezirk 33 der Ortsrichter Müller in Großböden zum Vorsitzenden und an dessen Stelle der Pastor Raunig in Großböden zum Stellvertreter.

Der Königliche Landrat.

gez. Graf v. Hausoville.

Dernburg's Rede vor dem deutschen Handelstage.

IV.

Eine generelle Bemerkung lassen Sie mich hier anfügen. Die Vorteile, welche die großen Ausgaben des Reichs, sei es für die friedliche Entwicklung, sei es selbst für die kriegerische Okkupation der Kolonien gebracht haben, sind nahezu ausschließlich für den deutschen arbeitenden Bevölkerung zugefallen. Alle diese Ausgaben werden selbst, soweit sie Unternehmensgewinn darstellen, in produktive Arbeit umgewandelt und sind zum weitaus größten Teile, soweit sie nicht thesauriert sind, als Arbeitslohn vorausgibt worden, und es ist dabei kein Unterschied, ob dieses Geld ausgegeben ist für Transporte und Schiffsbauten, für Hafenanlagen und Eisenbahnen, für Uniformen, Kanonen oder Munition. Es ist für den deutschen Arbeiter ganz gleichgültig, ob es für verbundene Zwecke ausgegeben worden ist oder für zerstörende. Wenn irgend jemand einen Vorteil davon gehabt hat und von der Weiterentwicklung haben wird, ehe die Produktionskosten an die Eingeborenen gesalbt werden, so ist es der deutsche Arbeiter.

Die Kupfererzeugung in Deutschland betrug 151 Millionen Mark im Jahre 1905. Der Kupferpreis ist von 1898 bis heute von 51 Pfr. auf 107 Pfr. gestiegen; dies macht auf den Konsum des Jahres 1905 mehr als 100 Mil-

lionen Mark Preissteigerung. Kupfer wird in unseren Kolonien bereits produziert in Südwestafrika in den Otari-Minen. Deutsche Syndikate explorieren ferner gegenwärtig die Grotz-Mine, ungefähr 100 Kilometer östlich und südlich von Swakopmund; ein anderes Syndikat die Mine bei Orlifongati; wieder andere die Gegend von Ntshoboth, und neuerdings wird auch der Süden des Schutzgebietes auf Kupfer untersucht, wo die auf der anderen Seite des Oranjeufasses forstierenden englischen Minen einen festeren Beweis für das Vorkommen geben.

Der Wollimport in Deutschland betrug 1905 332 Millionen Mark. Davon kamen im letzten Jahre für 27 Millionen Mark Wolle aus der Kapkolonie. Die deutsche Produktion ist zur Zeit 200000 Doppelzentner, die Mehrerzeugung aber 1905 1,5 Millionen Doppelzentner. Professor Gahn von der Universität in Kapstadt hat in der Budgetkommission des Deutschen Reichstages überzeugend nachgewiesen, daß in Südwestafrika neben einer ausrichtreichen Rinderzucht — es sollen sich in diesem Lande von Ausbruch der Rinderpest über 2 Millionen Stück Rindvieh gefunden haben, — der Süden mindestens so geeignet ist für die Schafzucht und Wollergewinnung wie die Kapkolonie, und daß ein gleiches Areal brauchbaren Bodens in Frage kommt. Die Kapkolonie hat an Wolle und Straußenfedern, die kommen hier auch mit in die Rechnung, im vergangenen Jahre für 80 Millionen Mark exportiert.

Der Vortragende weist sodann auf die Anzeichen von Petroleum-Vorkommen in Kamerun hin und hofft, daß das deutsche Kapital auch diese Frage binnen kurzem ihrer positiven oder negativen Lösung zuführen wird.

An Oelfrüchten hat Deutschland importiert im vorigen Jahre für 170 Millionen Mark, davon etwa 55 Millionen für Palmölfrucht, Kaka und Erdnüsse. Aus den Kolonien kommen zur Zeit für etwa 7 1/2 Millionen Mark. Die Versorgung von Deutschland mit Oelfrüchten scheitert heute lediglich an der Lösung der Verkehrsfrage. Oelreich in diesem Sinne ist vor allen Dingen Kamerun, wo unzählige Palmen auf den Tafellande und in den 300 Kilometer breiten Umlandstreifen in Riffenmäße beobachtet worden sind. Ostafrika, das nimmere über den Viktorien-Nyanza und die Ugandabahn schon größere Quantitäten exportiert, auch Neu-Guinea, wo die Palmen bereits im nächsten Jahre große Ernten abzuwerfen versprechen. Ostafrika allein könnte leicht den deutschen Bedarf an Oelfrüchten decken; nach einer Schätzung von Professor Vossler in Amant sind 700000 Hektar Land in Ostafrika für die Pflanzung von Kokospalmen geeignet, welche 700000 Tonnen Koka liefern können. Die Produktion ist recht rentabel, etwa 100 Palmen können auf einen Hektar gepflanzt werden, jede Palme liefert einen Nettoertrag von durchschnittlich 1 Rupee = 1,3 M. jährlich.

An Kautschuk kommt aus unseren Kolonien bereits für 6 Millionen Mark, davon aus Ostafrika 2 1/2 Millionen. Deutschlands Mehrerzeugung nach 1890 nur 3000 Tonnen, jetzt ist sie 135000 Tonnen im Werte von 142 Mill. Mark. England und Nordamerika kaufen alles auf, und Deutschland muß von den Schwedenshändlern in Liverpool zu hohen Preisen kaufen. 100 Millionen Mark sind in deutschen Kautschukwarenfabriken investiert, die etwa 30000 Arbeiter beschäftigen. Togo liefert Kautschuk, ebenso aber der südliche Teil

von Kamerun, nicht minder Deutsch-Ostafrika. Ebenso Neu-Guinea und Samoa. In Kamerun wie in Deutsch-Ostafrika sind große Plantagen angelegt worden, welche in den nächsten Jahren bereits sehr erhebliche Ernten abwerfen werden. Eine geordnete Wirtschaft wird in der Lage sein, wenn nicht den ganzen so doch den größten Teil des deutschen Bedarfs in den Kolonien, und zwar zu einem verhältnismäßig geringen Preise zu gewinnen. Alle Industriestaaten suchen sich in der Weltproduktion, die heute etwa 500 Mill. Mark beträgt, und auf welche die Nordamerikaner mit monopolistischen Tendenzen einwirken, unabhängig zu machen. Was die Konfektur betrifft, so können wir nach Prof. Baasche in Bälde eine Ausfuhr von 20000 bis 30000 Tonnen Sialhanj im Wert von 16 bis 24 Millionen Mark aus Ostafrika erwarten, während jetzt die Ausfuhr erst 1 Mill. Mark beträgt.

Eine ganze Menge anderer Produkte für unsere Volksernährung und industrielle Produktion kommt noch in Betracht. Alsdann fährt Dernburg fort: „Daß die wirtschaftliche Erziehung unserer Kolonien in der Hauptsache lediglich eine Verkehrsfrage ist, wurde schon mehrfach gestreift. Der bisherige Export aus unseren Kolonien wird auf den Köpfen von etwa zwei Millionen Negeren in vier bis fünf Tagereisen, bei wertvollen Gütern aus 40—50 Tagereisen, an die Küste gebracht. Aus dem Innern des Landes können bisher überhaupt nur wertvolle, durch Okkupation gewonnene Güter, wie Kautschuk, Eisenblei, Wachs u. s. w., gebracht werden, und gerade im Innern des Landes befindet sich jenseit die Eingeborenkultur, und sind die für Oelfrüchte, Baumwolle u. s. w. geeigneten Böden zu finden. Um das Produkt von 150 Hektar vorzüglichen Baumwollensandes im Innern Togos nach der Küste zu schaffen, sind nicht weniger als 1000 Mann vier Wochen lang beschäftigt, und die Tonne Produkte aus dem Innern ist deshalb bereits im Hafen mit 400 M. Fracht belastet. Wenn man dem gegenüberstellt das hochentwickelte Eisenbahnenwesen in den Südstaaten von Nordamerika, so wird man sich nicht wundern, daß unsere großen Baumwollfabriken bis jetzt noch nicht viel tragen und daß man unserem geringen Baumwollenerport von Togo mit einer Frachtmehrung auf der Dampferlinie nach Deutschland nachhelfen müßte. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in Ostafrika, wo eine Tonne Last aus dem Innern nach der Küste zur Zeit eine Karawane von Trägern und 2500 M. Frachtkosten beansprucht, während die gleiche Last von einer Eisenbahn in kurzer Zeit und mit einem Frachtaufwand von 45 M. an die Küste gebracht werden könnte.“

Das sozialdemokratische Parteiblatt fährt fort, auf allen Gebieten gegen Regierung und Staat zu gehen. Nachdem es in wahrheitswidriger Weise versucht hat, die Leistungen der Gesamtheit und der Arbeitgeber für die Arbeiterversicherung herabzusetzen, unternimmt es jetzt den Versuch, die Unterbeamten und Arbeiter der Staatsbahnverwaltung mit der Behauptung zu verheizen, daß trotz der guten Finanzlage Preußens für sie nichts geschehen soll. Natürlich kann das sozialdemokratische Parteiblatt nicht leugnen,

Der „Vorwärts“ und die Eisenbahner.

Das sozialdemokratische Parteiblatt fährt fort, auf allen Gebieten gegen Regierung und Staat zu gehen. Nachdem es in wahrheitswidriger Weise versucht hat, die Leistungen der Gesamtheit und der Arbeitgeber für die Arbeiterversicherung herabzusetzen, unternimmt es jetzt den Versuch, die Unterbeamten und Arbeiter der Staatsbahnverwaltung mit der Behauptung zu verheizen, daß trotz der guten Finanzlage Preußens für sie nichts geschehen soll. Natürlich kann das sozialdemokratische Parteiblatt nicht leugnen,

daß durch den Etat für 1907 nicht weniger als 60000 mittleren und unteren Beamten des Eisenbahndienstes beträchtliche Gehaltszulagen in Aussicht gestellt werden, aber es behauptet, wahrheitswidrig, daß für das Gros der Unterbeamten und der Arbeiter gar nichts geschehen soll. Was die ersten anlangt, ist bekanntlich in dem Etatsantrag für 1907 ein Remunerationssfonds von drei Millionen ausgebracht worden, der dazu dienen soll, in dem laufenden Jahre da, wo es besonders dringlich ist, den am niedrigst bezahlten Unterbeamten einmalige Zulagen zu gewähren. Von diesem Drei-Millionenfonds wird der weitaus größte Teil den Unterbeamten der Eisenbahnverwaltung zu gute kommen. Sodann aber ist ausdrücklich für 1908 eine Gehaltsaufbesserung für die am niedrigst bezahlten Unterbeamten im ganzen, also auch für das Gros der von der Eisenbahnverwaltung beschäftigten Personen in bestimmte Aussicht gestellt. Die Behauptung, daß für die Unterbeamten, abgesehen von den im Etat vorgesehenen Gehaltsaufbesserungen, nichts geschehen soll, ist daher Schwindel. Dasselbe gilt von der Behauptung, daß für die gegen Lohn beschäftigten Personen nichts geschehe. Im dem Etat für 1907 sind für Erhöhung der Löhne der unteren Hilfsbediensteten und der Betriebsarbeiter nicht weniger als 7800000 M. vorgesehen. Diese Erhöhung der Löhne wird nur zum Teil dadurch bedingt, daß das vorhandene Arbeiterpersonal mit dem zunehmenden Beschäftigungsalter in die höheren Lohnsätze in höherem Maße aufsteigt. In großen Teilen ist sie durch umfangreiche Lohnaufbesserungen, insbesondere in den verkehrreichen Industriegebieten bedingt. Schon diese beiden Beispiele beweisen, mit welchem Maße von Unmaßhaftigkeit die Behauptung gegen die Eisenbahnverwaltung seitens des sozialdemokratischen Parteiblattes betrieben wird. Besonders Gift verpircht der „Vorwärts“ gegen die Einrichtung des Verbandes der Eisenbahner aus dem sehr naheliegenden Grunde, weil diese für die beteiligten Bediensteten der Eisenbahnverwaltung so überaus wohlthätige Einrichtung den Streikenden der Sozialdemokratie, sich mit ihren eigenen Organisationen in dem Heer der Eisenbahnenbediensteten einzunisten, erfolgreich entgegen wirkt. Daß dies die Sozialdemokratie aufs äußerste verdriest, ist erklärlich, denn so lange das große Heer der Eisenbahnenbediensteten ihren Verbindungen unzugänglich und in fester Disziplin verbleibt, ist an eine erfolgreiche Ignorierung eines politischen Massenstreiks nicht zu denken. Dieses mit so lauten Tönen in das Arsenal der Agitationsmassen aufgenommene neue Instrument bleibt in Wirklichkeit eine reine Spielerei. Man wird daher erwarten dürfen, daß auch in der Folge in dem Heere der Eisenbahnenbediensteten der patriotische und feilschste Sinn fortlebe, der es bisher ausgezeichnet und gegen jede sozialdemokratische Verlockung gesetzt hat.

Der Justizetat in der Budgetkommission.

Berlin, 16. Januar.

Heute wurde der Justizetat in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses verhandelt. Die Einnahmen gaben, wie in jedem Jahre, in Kommission und Plenum Veranlassung zu einer Aussprache über die Gesagnisarbeit nach der wirtschaftlichen und sozialen

Richtung. Als Entnahmen aus der Beschäftigung der Gefangenen sind nach dem Durchchnitt der letzten Jahre 57000 W. in den Etat eingestellt. Es ist eine Abnahme in der Beschäftigung der Gefangenen eingetreten, es hängt das nach den Erfahrungen der Regierung zusammen mit einem Sinken der Zahl der Gefangenen überhaupt, besonders der kurzzeitigen, und dieses wiederum mit einer erheblichen Zunahme der Fälle der bedingten Begnadigung. Gestiegen ist, von den allen Parteien seitler geäußerten Wünschen entsprechend, der Betrieb für Staatsanstalten. Auch die Außenarbeit wird nach Möglichkeit erstrebt, ist aber nur beschränkt möglich und es wurde auch aus der Kommission betont, daß man die Gefangenen nicht lediglich in Außenarbeit schickn könne und auch bei den zu langer Gefängnisstrafe Verurteilten in dieser Richtung zurückhaltend sein müsse. Bei dem Material der großstädtischen Gefängnisse sei es überhaupt nahezu unmöglich.

Ueber die Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte liege, so führte der Justizminister aus, ein endgültiger Beschluß der Staatsregierung noch nicht vor. Er, der Justizminister, aber habe sich dahin schlüssig gemacht, für eine bedeutende Erweiterung einzutreten. — Es wurde darüber Klage geführt, daß die Beamten zu spät in leitende Stellen berufen würden. Der Minister widersprach und erklärte, daß gerade eine Anzahl jüngerer Beamten in leitende Stellen berufen habe. Der Minister sprach sich auch gegen die Einführung des englischen gerichtlichen Verfahrens bei uns aus.

Bzüglich der Dreistufenstufen stellte sich der Justizminister auf den Standpunkt, daß die Gehaltsordnung nach Dienstaltersstufen für die Richter die bessere Form sei. Es wurde darüber Klage geführt, daß seitens der Oberlandesgerichte und Landgerichtspräsidenten Verfügungen getroffen würden, die überhaupt nicht erfüllt werden könnten. Namentlich sei zu beklagen, daß solche Verfügungen nach der Tendenz, auf die Beschleunigung der Geschäfte hinzuwirken, erlassen würden, insofern aber die Grundbuchfachen innerhalb einer Woche vollständig erledigt werden müßten. Der Justizminister sprach sich dahin aus, daß diese Verfügungen am grano salis zu verstehen seien; nur auf dem Reichsfall sollten diese Verfügungen Anwendung finden.

Zu den Wahlen.

* **Delitzsch, 15. Januar.** Einen eigentümlichen Verlauf nahm die liberale Wählerversammlung, die am vergangenen Sonntag abend im hiesigen Schützenhause unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten aus Eisenburg abgehalten wurde. Nachdem nämlich die liberale Kandidat, Stadtrat Polko, ein nationalliberales Programm in durchaus sachlicher Weise entwickelt hatte, in dem er sich besonders als Freund der Kolonien, die auf alle Fälle festgehalten werden müssen, und deren Rentabilität für die Zukunft sicher sei, ferner für unumschränkte Kommandogewalt der Offiziere und für die zur Erhaltung der Schlagfertigkeit des Heeres und für den durchaus nötigen Weiterbau der Schlachtfelder nötigen — teuren — ausgesprochen hatte, zog der folgende Referent, Herr A. D. und Redakteur Köpcke aus Berlin zur Ueberwindung der Veramtlung gegen die Konfessionen zu Felde; so äußerte er, die Sozialdemokratie sei schüchtern, das Zentrum schüchtern, aber am schüchternsten die Konfessionen, und entpuppte er sich als nachsichtigsten freisinnigen Radikalen vom äußersten linken Flügel, den von einem Sozialdemokraten nur eine leise Schußfarbe unterscheidet. Beweis, daß sich sofort einer der anwesenden Führer der hiesigen Sozialdemokratie erhob und Herrn Köpcke als einen freisinnigen bezeichnete, in dem er einen Sozialdemokraten zu hören glaubte, und folgerichtig nicht zur Wahl des liberalen oder gar des konfessionellen, sondern einzig und allein des sozialdemokratischen Kandidaten aufforderte. Tabernakel! Die Entgeißelung des Herrn Köpcke ist übrigens nicht zu verwundern, da er bei der letzten Reichstagswahl als Kandidat der Nationalsozialen im Wahlkreise Sangerhausen-Garitzberga aufgestellt war und seine Mauernung jedenfalls noch nicht ganz vollendet ist. Nachdem noch ein zweiter Parteigenosse dieselbe Kriegstrompete und Lockfische geblasen, erfolgte jedoch ein Umschlag. Herr Köpcke äußerte sich gegen die Sozialdemokraten eine energische Wäbe und legte gegen irgend eine Freundschaft zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie Verwahrung ein. Ihm folgte Herr Reichsanwalt und Notar Dr. Schulze, der den Referenten von den Vorwürfen des heutigen Liberalismus abschüttelte.

udem er im Namen des hiesigen nationalliberalen Vereines mit Entschiedenheit und Wärme erklärte, daß man zwar für die Kandidatur Polko stimmen werde, daß man aber die Ansichten des Herrn Köpcke nicht billigen könne, sondern im Falle des Unterliegens des liberalen Kandidaten einmütig für den Konfessionellen eintreten werde. Gute handelte es sich nur darum, daß so viel Konfessionelle und Liberale in den Reichstag einzutreten, daß die Sozialdemokraten und Radikalen des Zentrums nichts machen können. Nicht die Konfessionellen, sondern nur die Sozialdemokraten, sind die Feinde; darum möge kein Gedächtnis am 25. Januar als Mißläufer sein der Sozialdemokratie stimmen, sondern man möge wählen, wie man wolle. Der Wahlkreis müßte unter dem Banner schwarz-weiß erhalten bleiben. Nach dieser Erklärung kam eine weitere sozialdemokratische Rede nicht mehr zur Geltung. Auch Herr Köpcke konnte nicht behaupten, daß er Herrn Dr. Schulze und seinen Freunden mißfallen habe und mußte den Rückszug antreten.

* **Magdeburg, 16. Januar.** Im Wahlkreise Nordhausen haben die Konfessionellen, Bündler und Deutschnationalen jetzt zu Gunsten des nationalliberalen Rechteamals Senger von der Ausstellung eines eigenen Kandidaten Abstand genommen. In Seehausen (Altmark) ereignete sich ein komischer Wahlwischenfall. Da die Sozialdemokraten seinen Saal besetzen konnten, versammelten sie sich trotz heftigen Unwetters auf dem Grundstücke eines Parteigenossen. Das Präsidium und der Redner nahmen auf einem Kollapswagen Platz, auf dem auch die überwachenden Beamten das Unwetter über sich ergehen lassen mußten.

* **Köln, 15. Jan.** Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ wurden im Dorfe Friesheim wiederum sozialdemokratische Flugblattverteilung durch Zentrumsanhänger ibernommen, mißhandelt und gewaltsam in die Zentrumsversammlung geschleppt. Dem Verlang nach polizeilichem Schutz wurde seitens der Beamten nicht entsprochen. Die Ueberfallenen werden Strafantrag wegen Mißhandlung stellen.

Politische Ueberblick.

Deutsches Reich.

* **Berlin, 15. Januar.** (Hofnachrichten.) Heute morgen machte der Kaiser den gewöhnlichen Spaziergang, hatte eine Besprechung mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, empfing im königlichen Schloß den Bildhauer Lipowsky, welcher eine Büste Friedrichs des Großen zeigte, und hörte den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. Um 12 1/2 Uhr empfing der Monarch den Admiral von Senden-Bibran und eine Deputation von Marine-Offizieren. Um 12 3/4 Uhr empfing der Kaiser den neuernannten jüdischen Gelehrten Butsch.

* **Wien, 26. Januar.** Die heutige Wahlschlußwahl für den Erzbischof hat das Ergebnis, daß an erster Stelle der Regierung folgende Kandidaten unterbreitet werden: Weihbischof Litovszky, Domherr Rostke, Domherr Fenzl, Graf Poninszky.

— Der Reichskanzler hat, nach der „Neuen politischen Korrespondenz“, dem Bundesrat nunmehr eine Vorlage zugehen lassen, durch welche eine vorläufige Herabsetzung der Gehälter für die Unterordnung des in das Inland eingehenden Reichsbeamten beantragt wird.

Lothales.

* **Merseburg, 17. Januar.**

* **Aus dem Wahlkreise Merseburg-Duerfurt.** Nur noch eine Woche trennt uns vom Tage der Wahl. Die Wähler sind diesmal zu einer Entscheidung berufen, so wichtig, wie sie nicht bei jeder Wahl in ihre Hände gelegt wurde. Ein Menschenalter ist verfloßen, seitdem das neue deutsche Reich unter dem braudenden Jubel des deutschen Volkes aufgerichtet wurde, die Schmach nach der deutschen Einheit war gestiftet. Was ist aus diesem herrlichen Bau geworden, der nur unter schweren, blutigen Opfern aufgerichtet werden konnte? Dunkle Mächte unterminieren sein Fundament, eine Partei, die unsre bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung über den Haufen stürzen möchte, hat weite Kreise des deutschen Volkes durch Vortäuschen goldener Berge in ihren Bann gezwungen, ihr geistiger Führer in Deutschland scheint sich nicht, die Wort- und Schandboten der Pariser Kommune des Jahres 1871 zu verherlichen, alle edleren Regungen, alle Religion, alle Vaterlandsliebe werden durch gewissen- und vaterlandslose bezahlte Agitatoren in den breiten Massen zerstört und gewaltsam aus-

gerottet, der offene Aufruhr wird zwar noch nicht auf der Gasse gepredigt, aber die Massen werden systematisch vorbereitet durch das gedruckte und geschriebene Wort in verwerflich demagogischen Weise. Neben diesen Vaterlandsfeinden, welche ihre letzten Ziele wenigstens noch offen zur Schau tragen, geht eine andere Partei her, die nicht minder an den Fundamenten des Reiches rüttelt, um ebenfalls ihre Herrschafts- und Machtgier zu befriedigen zu bringen. Mit die katholische Bevölkerung in ihrer Mehrheit ist es, welche sich gegen das monarchische Prinzip in Deutschland oder gegen die Träger der irdischen Gewalt auflehnen wollte, es sind die geistigen Führer, welche politische Zwecke verfolgen und danach trachten, in Deutschland ein Pöbel-Regime zu begründen, resp. weiter zu führen. Der Staat Preußen befindet sich, wie schon so manches Mal, zur Zeit wieder in einer schweren politischen Krise. In solchen Zeiten schwerer Not, da der Kern des Volkes noch immer zu seinem angekommenen Fürsten gestanden hat, hat dem Volke jedesmal wie ein hellleuchtendes Gestirn auf dunklem Grunde die Devise voran geleuchtet: Mit Gott für König und Vaterland! Die politische Richtung, welche vor vierzig Jahren diese Devise auf ihr Banner schrieb, um ihrem Könige in erster, bewegter Zeit treu zur Seite zu stehen, ist es, welche unser Kandidat, Herr Generaldirektor Windler, angeht. Monarchisch durch und durch hat der Herr Kandidat es durch die Tat bewiesen, daß freies Wort und freies Handeln mit streng monarchischer Gesinnung sich durchaus vereinigen. Herr Windler ist kein Reichstags-Abgeordneter, der blindlings bei jeder Gelegenheit Ja sagt, das beweisen auch seine mehrfachen Weisungen in seinen Wahlreden, woran er aber unerschütterlich festhält, daß ist eine nationale Politik, sie möge auftreten in welcher Gestalt sie immer wolle, möge es sich um Abbruch von Handels- oder Zollverträgen, um Kolonien, um Besitzfragen oder sonst etwas handeln. Zeitkräftiges Handeln im Reichstage, aber kein Phrasengeflügel, das war der Sinn seiner Worte in der vorjährigen „Evoll“-Versammlung. Wie sehr der Herr Kandidat das öffentliche Vertrauen verdient, läßt sich schon daraus erkennen, daß ihn unser Nachbarkreis zeit seit Jahren zum Landtagsabgeordneten wählt, und seine vielseitige Sachkenntnis, seine Objektivität, sein klares, klühes Urteil wird selbst von seinen politischen Gegnern nicht in Abrede gestellt. Wenn einmal in der Fraktion beraten wird, wer bei einer schwierigen Materie als Redner im Reichstage uns Feuer zu schicken ist, so wird Herr General-Direktor Windler ausgerufen, eine Ehre für unsern Wahlkreis! — Jeder, der es ehrlich meint mit dem Wohlfühlen unserer Produktivkräfte, der Beamten und der Arbeiter, wer wirkliche Hilfe für seine Zwecke erwartet und nicht nur einen Wust von hohen Phrasen und schönen Worten, der wähle am 25. d. Ms. Herrn Generaldirektor Windler!

* **Aus dem Wahlkreise Kitzsch** gestern abend ein Dienstmägdchen beim Zentrerpuppen in der Nähe des Güterturms. Glücklicherweise sind die Verlegungen, welche sie sich dabei zugezogen, nicht erheblich.

* **Die Errichtung von Schankwirtschaften** zu erwirken, ist ein neuer Ministerialerlass an die Regierungspräsidenten gelangt. Nach der Emerbeordnung haben die Ortspolizeibehörden sich über den, der eine Wirtschaft errichten will, zu äußern. Diese Bescheinigungen bieten nun nach amtlicher Wahrnehmung oft nicht die erforderliche Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit, da sie in der Regel in ganz knapper und farbloser Form gehalten seien. Die Ortspolizeibehörden werden deshalb angewiesen, recht ausführliche Angaben zu machen. Aus diesem Grunde sollen die Bescheinigungen auch nicht mehr den Antragstellern ausshändig, sondern in der Form eines Berichts abgefaßt werden, der dem Antragsteller nicht zu Gesicht kommt. Der Minister glaubt, daß die Polizeibehörden sich dann offener und rücksichtslos aussprechen würden, als es jetzt geschieht.

* **Das Mittagessen der Eisenbahner.** Der Eisenbahnminister hat einen neuen Erlass an die sämtlichen Eisenbahndirektionen gerichtet, welcher sich mit der Einnahme der Mittag- und Abendmahlzeiten des Lokomotiv- und Fahrpersonals beschäftigt. Es soll unbedingt dafür gesorgt werden, daß das gesamte Fahrpersonals warmes Mittagessen entweder in geeigneten Bahnhofsrestaurants oder im Packwagen, bezw. auf der Lokomotive einnehmen kann. Von der Einrichtung zu billigen Preisen in Bahnhofsrestaurants essen zu können, ist wenig Gebrauch gemacht worden. Dagegen wird Lobend anerkannt, daß sowohl im Packwagen wie auf den Lokomotiven Koch- und Wärmevorrichtungen

sich das etwa von Haus mitgebrachte Essen und Getränke eingerichtet worden sind. Der Minister erwartet, daß die sämtlichen Eisenbahndirektionen der Angelegenheit immer weitere Beachtung schenken und namentlich auch die in großen Städten bestehenden Wohlfahrtsvereinigungen durch Ueberweisung von verfügbaren Räumen in den Bahnhöfen unterstützen.

* **Der rauheste und kälteste Monat** im Jahre soll nach alter Erfahrung der Januar sein. So steht es im Kalender, und so lauten die alten Bauern- und Wetterregeln aber auch diesmal läßt er sich nicht dazu an. Mit dem kaltenemäßigen Antritt seiner Herrschaft war es mit dem Winter vorüber. Tauwind schon durch das Land, und alle Winterherlichkeiten, Gesank und Schlittenfahrten waren bald dahin. Damit hat der Monat Januar den meisten Menschen keinen besonderen Gefallen erwiesen. Was kann es Herrliches geben, sagt Jakob Grimm, als wenn dieser Schnee, gleich einer mollenen, weichen Decke Felder und Wiesen einhüllt, demangeltender Raubheer über Wäldern blühen? Wenn die klare, helle Winterstimmung auf blühende Eisstrahlen scheint, ist die Welt wie ein in Zuckerzand verwandelt. Ueberall schwirren Märdchen umher, draußen auf Gottes weiten Fluß nicht minder wie drinnen im warmen Zimmer, in dem abends der Kessel singt und die Praxel in der Oberdüse brockeln. Der Landmann sieht auch am liebsten den Winter in seinem weichen Pelze, anstatt im Geln der Wälder. Ueber ihn dem Naturfreund die mondellhen, kalten Nächte mit dem wunderbaren Glimmer der Sterne und dem Knistern des Schnees unter den Füßen, als das Wandern auf schmutzigen, nassen Wegen. Der Städter schaut ebenfalls gerne die Spiegelglatten Eisflächen und erfreut sich an dem leichten, lautlosen Angleiten über dieselben im fliegenden Laufe. Selbst der Ballian gewinnt an Anziehungskraft, wenn er nach kalter Fahrt oder einer Wanderung im Schnee gestarrt, die schweren Pelze abzulegen und im leichten, duftigen Kleide die jugendlichen Reize zur Geltung zu bringen. Und die Karnevalslustbarkeiten? Sind sie nicht angenehmer und erheitender, wenn sich alles zusammenhängt in geschlossenen Räume? Der Januar ist nun einmal ein strenger Regent; darum erwarten die Menschen ihn auch nicht anders, und unsere gefälligen Veranstaltungen in der Winterzeit sind darauf zugeschnitten. Die erste Hälfte des Monats ist nunmehr vorüber, doch von winterlicher Kälte war weniger zu spüren, und leider sind auch keine Anzeichen auf Aenderung der Milde und Lauezeit zu bemerken.

Provinz und Umgegend.

* **Salz, 15. Jan.** Der religiöse Schifsteller Gerdtel wird demnächst seine Vorträge, die vor einiger Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zogen, wiederholen. Es sei hiermit bemerkt, daß dieses Mal auch Damen Zutritt haben. Die Veranstaltungen finden im Saal der „Loge zu den 5 Türmen“, Albrechtstraße, um 8 1/2 Uhr abends statt. Der Eintritt ist frei; wegen des zu erwartenden großen Andranges ist frühzeitiges Kommen ratsam! — Die Thematik sind: Am Freitag, den 18. Januar: „Kann ein denkender Mensch noch an die Gottheit Jesu glauben?“; am Montag, 21. Januar: „Die neuen Menschen“; am Mittwoch, 23. Januar: „Die Sengen und die Halben“.

* **Salz, 12. Januar.** Bei der gestrigen Ziehung der preußischen Klassenlotterie fiel der zweite Hauptgewinn von 40000 Mark auf die Nummer 200 988 in die Kollette des hiesigen Lotterie-Einnehmerz Frenkel. Die Nummer wird in Achteln gespielt, und zwar durchweg von kleinen Leuten, so daß mehrere Personen an dem Gewinn beteiligt sind.

* **Böben, 15. Januar.** Zum Oberpfarrer wurde Diakonus Besser mit 19 Stimmen gewählt.

* **Herzberg (Eifter), 15. Januar.** Das Eis der schwarzen Eifter ist vor der Eisenbahnbrücke zwischen Holzdorf und Bremendorf zum Stehen gekommen. Durch die Stauung des Wassers trachen die Deiche zu beiden Seiten der Eifter an drei Stellen und die Fluten ergossen sich in die Ueberung. Die vor Bremendorf liegenden Gehöfte wurden fast 2 m unter Wasser gelegt und die Bewohner konnten nur mit Mühe und Not sich und ihr Vieh in Sidergelt bringen. Der Landrat von Palombini begab sich sofort in das Ueberflutungsgebiet. Außerdem beschäftigten mehrere Regierungsbeamte aus Merseburg die Unglücksfälle. Infolge der Ueberflutungen wird wahrscheinlich eine Erhöhung der Eisenbahnbrücke vorgenommen

